

# Neuro-Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebro

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Wegzugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebro: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf.  
Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Etablierte Nebro — Bankverein Aktien.

Nr 151

Sonnabend, den 17. Dezember 1932

45. Jahrgang

Reichsfanzler von Schleicher

## Ein Programmumpunkt: Arbeit schaffen!

### Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsanfurbelung nur durch „freudige Mitarbeit“ Aller möglich

#### Tarifloderungsverordnung aufgehoben

Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die in ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

#### NSDAP und Regierung

Zunächst beobachtende Stellung.

München, 16. Dezember.

Zu den Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz, wenn ein nationalsozialistischer Abgeordneter bestimmte Vorläufe gemacht habe, in sei dies lediglich geschehen, um der durch den Not der Arbeitsverhältnisse zu fliehen und unter Ablehnung einer sturen Verneinung Wege zur Behebung dieses Übels zu weisen. Hierdurch solle keineswegs dem Raben Schleicher „ein Ausweg aus der Situation“ geboten werden. Es werde vielmehr liegt der Reichsregierung die Entscheidung gegeben, die „lozalen Sünden ihrer Vorgängerinnen wieder gutzumachen“.

In welchem Maße dies geschehe, davon werde die Stellungnahme der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion im Januar abhängen. Bemerke sich das Raben Schleicher dieser nationalen und sozialen Pflicht, dann werde allerdings die Entlohnung zur Auslösung des Reichstages führen. Alles andere seien Phantasien.

Damit erledige sich auch die Kombination, die Nationalsozialisten würden mit Hilfe des Reichstagspräsidenten Göring verhandeln, die Tagung des Reichstages bis in den März hinein aufzuschieben, um auf diese Weise der Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Regierung Schleicher entgehen zu können.

#### Eine deutsche Richtigeinstellung

havas-Auslegung des Genfer Abkommens.

Paris, 16. Dezember.

Die offizielle Nachrichten-Agentur „Havas“ veröffentlicht eine Auslassung aus Genf, die vermutlich von dem französischen Delegierten Massigli ausgeht und die in der deutschen Presse am 12. Dezember erschienenen Auslegungen der Einigungsformel der fünf Mächte als „unmittelbar tendenziös“ bezeichnet. In der Auslassung heißt es u. a.: Das Abkommen der fünf Mächte lasse die Bemittlung der Gleichberechtigung zugunsten der durch den Vertrag von Versailles erweiterten Länder nur innerhalb eines Regimes zu, das für alle Nationen die Sicherheit in sich schließe. Man könne nicht klarer darauf hinweisen, daß die Gleichberechtigung ein Ziel, aber nicht ein Ausgangspunkt sei. In diesem Punkt habe sich die französische These nicht geändert. Ebenso wenig hinsichtlich der grundlegenden Verbindung mit der Sicherheit.

Die deutsche Presse begrüße, daß die Durchführungsmodalitäten des Gleichberechtigungsgrundgesetzes im Verlaufe der Konferenz bestimmt werden sollen. Die deutsche Delegation vom 29. August habe nicht nur den Grundgedanken der Gleichberechtigung sondern vor allem gewisse praktische Durchführungen verlangt, z. B. die Gleichheit bezüglich der qualitativen Abrüstung oder den Grundgedanken, daß Abkommen für alle Signatäre die gleiche Dauer haben werde.

Die Erklärung der fünf Mächte vom 11. Dezember enthalte keine derartige Präzisierung mehr. Die Durchführungsmodalitäten würden also auf der Konferenz erst noch zu erörtern sein. Der Text des Abkommens vom 25. September 1928, auf den sich die deutsche Note berufe, rechtliche kaum die Interpretierung, wobei die Sicherheit nur durch einheitliche Begrenzung der Rüstungen erzielt werden könne.

Gewisse Deutsche Kommentare erklären, daß einer der wesentlichen Vorteile der Genfer Erklärung in der Revision der militärischen Klausel des Versailler Vertrags

bestehe. Es sei richtig, daß Teil V des Versailler Vertrags durch das Neue Abkommen ersetzt werden solle, solange er werde erst getrichen werden, wenn nach Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Signatäre des Versailler Vertrags das Abkommen in Kraft gesetzt sein werde.

Die vorstehenden Ausführungen kennzeichnen sich als Verzicht, die Genfer Vereinbarung als übereinstimmend mit den alten französischen Prinzipien in der Abrüstungsfrage hinzustellen. Es ist nicht nötig, darauf näher einzugehen, da der Wortlaut der Vereinbarung für sich selbst spricht, zumal, wenn man ihn mit der bekannten französischen Note vom 11. September d. J. vergleicht, der an der deutschen Gleichberechtigungsforderung noch vollständig vorbeiging.

#### Preussischer Landtag

Einführung des Staatsministeriums in seine Rechte gefordert.

Berlin, 15. Dezember.

Bei Sitzungsbeginn bringt Abg. Kasper (Komm.) Anträge ein, die sich gegen das Verbot kommunizierender Zeitungen und gegen das Verbot der Beratungen kommunizierender Parteien wenden. Ohne weitere Debatte werden die kommunizierenden Zeitungen vorläufig ausgesetzt und der Antragsteller abgelehnt. (Nur 22 von Komm. Die Schleicher-Koalition)

Auf Antrag der Abgeordneten Frau Ludwig (Komm.) wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag des Wohnungsausschusses angenommen, wonach die Vermietung und Tilgung der Hausrenten-Synthesen vorläufig ausgesetzt werden soll. Weiter will der Antrag steuerliche Erleichterungen für Neubauwohnungen durchgeföhrt wissen. Auch werden Mietbeihilfen für sozial bedrängte Inhaber von Neubauwohnungen verlangt.

Die Nationalsozialisten beantragen, daß der Landtag sofort beschließe, das Staatsministerium zu beauftragen, den Reichsminister anzuweisen, daß alle Gefangenen, die unter die Bestimmungen des Amnestiegesetzes fielen, sofort freigelassen werden, und daß Strafverfolgungen im Rahmen des Amnestiegesetzes vorläufig ausgesetzt werden. Der Antrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angenommen.

Nachdem das Haus debattiert hat zahlreiche Einzelanträge der Fraktionen an den Hauptauschuß verwiesen hat, wird die Weiterberatung durch die Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Zuerst gelangt ein sozialdemokratischer Antrag zur Entscheidung, bei dessen Abstimmung das Haus in der letzten Sitzung beschlußfähig geworden war.

Der Antrag verlangt die sofortige Einführung des Staatsministeriums in alle die Rechte, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtags als Vertretung des preussischen Volkes erforderlich sind.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen mit 148 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrum und der Staatspartei gegen 27 Stimmen von deutschnationaler Seite und aus anderen Gruppen bei 53 Enthaltungen der Kommunisten.

Berlin, 16. Dezember.

Der Preussische Landtag trat am Donnerstag um 12.30 Uhr wieder zusammen und beschäftigte sich zunächst mit zahlreichen Ausschüßanträgen.

Das Haus stimmte zahlreichen Anträgen des Handelsausschusses zu, worin die Abgabe billiger Erwerbslosen-Brennstoffe durch die staatlichen Bergbau-Gesellschaften, die Einwirkung auf die privaten Bergbau-Unternehmen, ebenfalls billige Brennstoffe an die Erwerbslosen abzugeben, und einseitige Reichsbahntrahnen für Erwerbslosenstellen gefordert werden. Die Schlichter der Erwerbslosen der höheren Beamten der Mansfeld-L.-G. sollen denen der unteren Beamten und Angestellten angeglichen werden. Ferner soll die Regierung bei allen in Frage kommenden Instanzen darauf hinwirken, daß Entlassungen und Entlassungen in den obersten Kreisen, Säulen und Werten vermieden werden.

Es folgt die Beratung von Anträgen des Hauptauschusses über die Anträge des Schlichter Ausschusses. Nach den angenommenen Anträgen soll die Reichsbahn veranlaßt werden, ihre gegen die Kleinbahnfahrer gerichteten Kampfbroschüren sofort aufzugeben. Die großen Transportgesellschaften sollen dahin beeinflusst werden, daß sie künftig die deutschen Schiffer bevorzugt berücksichtigen.

Dann wird eine Reihe von Ausschüßanträgen über Hochwassererläden, Lieferverpflichtungen usw. angenommen, wobei die vertriebsfähigen Güter des Reichsbesitzes Berücksichtigung finden sollen. Es folgt dann die Wiederholung der namentlichen Abstimmung

über den sozialdemokratischen Antrag auf Ungültigkeitserklärung aller Beratungen der Reichsminister.

Auch diesmal ist das Haus ebenso wie am Mittwoch beschlußfähig, da nur 208 Stimmenten abgegeben wurden.

Der Präsident beruft auf sofort eine neue Sitzung ein. Das Haus berät dann den kommunizierenden Antrag auf steuerliche Befreiung aller kleinen Einkommen unter 3000 Reichsmark.

Das Haus nimmt dann einen abgeänderten nationalsozialistischen Antrag an, der auf eine Einwirkung auf den Öffentliche-Kommissar dahin abzielt, daß von dem Reich bei der Provinzialgenossenschafts- und Raiffeisenbank für die Wirtschaftsbank in Schwabes bereitgestellten Mitteln sofort eine Summe ausgeschüttet wird, mit der Wasserzulaufenerträge in der Ostmark vermieden werden können. Außerdem sollen Eingriffe des Kontrolleramtes sofort unterbunden werden. Weiter findet ein Ausschüßantrag Annahme, die Kreise Schmalbalde, Solingen und Remscheid als Notstandsgebiete anzuerkennen und ein umfassendes Arbeitsprogramm für sie durchzuführen. Nach kurzer Aussprache findet auch ein Antrag Annahme, wonach Staatsregierung und Reichsregierung gemeinsam Maßnahmen treffen sollen, die eine Behebung des deutschen Holzschadens bedeuten und für den Schutz der Waldarbeiter eintreten.

Präsident Kerk schlägt dann vor, am Freitag eine Kurzaussprache zunächst nur über bestimmte Abschnitte des Haushalts, u. a. über das Theater- und Musikwesen, vorzunehmen.

Das Haus beschließt entsprechend dem Vorschlag des Präsidenten, Beginn der Freitagsitzung 13 Uhr.

#### Was tut Frankreich?

Paris, 16. Dezember.

Seit langem ist der Präsident der französischen Republik bei einer Regierungskrise nicht in einer so schwierigen Lage gewesen wie diesmal. Einmal ist es schwer, in den Bahnen der Tradition einen neuen Ministerpräsidenten an Stelle des eben gebliebenen zu berufen. Somit war und ist es in Frankreich nicht leicht, daß der Führer der maßgeblichen Oppositionspartei oder einer seiner in Betracht kommenden Freunde, mit der Verantwortung für die neue Regierung beauftragt wird, weil er schließlich die Verantwortung für den Sturz der alten zu tragen hat.

Diesmal gibt es keine personell zugehörige Opposition, denn alle, die an Herriols Sturz mitgewirkt haben, sind nicht gegen Herriols Regierungspolitik gewesen. Kein anderer hätte eine andere Regierungspolitik machen können, also — was soll Frankreich tun?

Mit dieser Kennzeichnung der wie nie verworrenen Lage in Frankreich ist zugleich gesagt, daß es eigentlich weniger darauf ankommt, wer jetzt französischer Ministerpräsident sein soll, sondern daß allein entscheidend ist, was dieser neue Ministerpräsident in der Frage des offenen Konfliktes zwischen Frankreich und Amerika tun kann, tun muß. Nur nebenher interessieren daher die rein äußerlichen Vorgänge, die sich in nächster Nähe des französischen Präsidenten jetzt abspielen.

Dabei ist es wiederum kennzeichnend, daß man sich zunächst darum bemüht, Herriol wiederum mit der Regierungsbildung zu betrauen mit dem Auftrag, den Beziehungen der Kammer Rechnung zu tragen.

Das würde bedeuten, daß Herriol die Mitverantwortung für die Beziehung Frankreichs, auch nur einen Saus Schuldenkontingent zu zahlen, zu übernehmen hätte. Das aber könnte wohl nur dann geschehen, wenn Amerika sich selbst zu einem Einlenken und zu neuen Verhandlungen entschließen. Vieles spricht dafür, denn man beobachtet in den Nachrichten, die aus Washington geflohen werden, eine gewisse Neigung zur Verhandlungsbereitschaft.

Wenn das zutrifft, dann wäre allerdings Herriol, zu dem übrigens ein gewisses Vertrauen in Amerika befestigt wird, der geeignete und wohl auch selbstverständliche französische Führer dieser Verhandlungen.

Zwar läßt Amerika keinen Zweifel daran, daß das schroffe Mein Frankreichs von seinem Standpunkt aus ein großer Fehler gewesen sei. Uebrigens in Frankreich selbst fühlt man sich nicht ganz wohl in dieser Situation, man bemüht sich jedenfalls, die Teile zu verstehen, die mit der Kammer ihrer Abstimmung „leineswegs den Grundgedanken der Heiligheit der Verträge habe aufgeben oder auch nur antauchen wollen“ Das ist nur eine eigene Sache. In den vergangenen hundert Jahren, und zwar für immer vergangenen (!) Zeiten — hat Frankreich Deutschland gegenüber sich stets auf den Büchsen, auf Punkt und Komma der Verträge, verteidigt. Von solcher Auffassung aber ist der Beschluß der Pariser Kammer nicht diktiert. Denn Punkt und Komma der mit Amerika geschlossenen Verträge gebieten bedingungslose Zahlung.



# Deutsche Tageschau

Neuer Oberpräsident der Grenzmark.

Der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Vöden-Weiprotzen von Bülow tritt am 1. April 1933 infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Er ist bereits vom 15. Januar 1933 ab von seinen Dienstpflichten beurlaubt worden. Seine Vertretung übernimmt von diesem Zeitpunkt ab Konrad von Weibom in Meieritz, der mit Wirkung vom 1. April 1933 zum Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark ernannt worden ist.

## Die Annehmefrage im Bayerischen Landtag.

Am Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags wurde ein nationalsozialistischer Antrag zur Annahmefrage eingebracht. Danach soll die bayerische Staatsregierung ihren Einpruch gegen die Annahmefrage des Reichstages im Reichstag zurückziehen. Sollte eine Reichsversammlung nicht zustande kommen, wird in Bayern Strafrecht für solche Straftaten erlassen, die politischen Beweggründen oder wirtschaftlicher Art entzogen sind und bei denen Verfassungsverstoß nicht zu Schaden gekommen sind.

## Auslands-Rundschau

### Merito kündigt seine Mitgliedschaft beim Völkerrund.

Merito hat eine Note an den Generalsekretär des Völkerrundes gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Merito von der zweijährigen Mitgliedschaft vorzeitig Gebrauch mache, um eventuell sich wieder vom Völkerrund zurückziehen zu können. Zur Begründung werden die finanziellen Schwierigkeiten angegeben, die es als ungenügend erachtet, seinen Beitrag zum Völkerrund zu leisten. Merito kündigt in seinen Beiträgen seine Mitgliedschaft auf.

### Der neue schweizerische Bundespräsident.

Das vereinigte Parlament aus Nationalrat und Ständerat wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1933 den Bundesrat Schürpf, Leiter des Bundesamt für Arbeitsvermittlung, und zum Vizepräsidenten den Bundesrat Kästli, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements. Als Mitglieder des Bundesgerichts wurden gewählt die Bürgerlichen Jean, Ruffel und Durr.

### Aktuelle politische Meldungen

**Bolschewist Karl v. Weizsäcker beim Reichspräsidenten.** Der Reichspräsident empfing den deutschen Bolschewisten in Weidach Nord von Weizsäcker.

**Eiland kann nicht zahlen.** Ein von Note an das amerikanische Staatsdepartement erließ Eiland ließ außer Acht, als am 15. Dezember fällige Schulden rufen zu zahlen.

**Die Ingalienische Kammer** hat beschlossen, die Gesandtschaft des Reiches über den Schutz der Danziger zu veranlassen. Ferner wurde die Regierung ermächtigt, Verhandlungen mit Geheißkraft zu eröffnen, die eine Einbindung der allgemeinen Bevölkerung zum Ziele haben.

**Schleifbahn in Niederösterreich.** Im niederösterreichischen Landtag machte Bundespräsident Burek Mitteilungen von Eröffnungen der Schleifbahn und Oberlauf.

## Nus der Umgegend

Rebna, 16. Dezember.

**Goldener Sonntag.** Die Vorbereitungen für das Weihnachtsfest haben ihren Höhepunkt erreicht. Es liegt nur noch eine einzige Woche zwischen dem ersten Advent und ersten Feiertag. Überall hört man Weihnachtslieder ausgeübt und es kommen nun auch die Käufer, die es sich ermöglichen einige Groschen lohnen sollen, um einen Tannenbaum mit nach Hause nehmen zu können. Obwohl Weihnachtsbaum ohne Weihnachtsbaum ist nur ein halbes Feiertag. Wer es sich also noch irgendetwas leisten kann, der besorgt sich am Goldenen Sonntag oder an einem der folgenden Tage seinen Christbaum. Auch ist es jetzt Zeit, daß man an die Weihnachtsbesuche denkt. Kleine und große Gaben wollen ausgeübt und entsprechend zubereitet sein. Mütter und Väter suchen den Kindern ihre mannigfachen Wünsche zu erfüllen, und ungeachtet freuen sich die Kinder darauf, wenn sie ihren Eltern eine Freude machen dürfen. Ganz ohne Gedanken wird es nicht einmal in diesem Winter abgehen. Der eigentliche Sinn des Weihnachtsfestes liegt freilich noch an einem anderen Gebot, nämlich darin, daß wir uns selbst etwas schenken lassen und die Weihnachtsgabe, die Gott für uns bestimmt hat, mit dankbaren Händen entgegennehmen. Zu Weihnachten ist Jesus Christus in die Welt gekommen als ein Lichtbringer in dunklen Tagen und als ein Erlöser von Sünde und Schuld. Dieser größten aller Weihnachtsgaben sollen wir uns an Heiligabend freuen.

**Kirchliche.** Der Hauptgottesdienst am 4. Advent findet im Gemeindefest statt, um aus solchen Gemeindefesttagen, die die kalte Kirche nicht gut verträgt, Gelegenheit zum Gottesdienst während der Adventszeit zu geben. Auch der morgige Jugendgottesdienst soll im Gemeindefest gehalten werden. Es wird noch einmal ausdrücklich auf ihn aufmerksam gemacht. Die Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes muß des Raum mangels wegen im Saal des Schützenhauses gehalten werden. Die Eltern sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

**Gemeinfest Chor.** Wir nähern uns mit Melancholien dem Weihnachtsfest. In den Vereinen, die eine Weihnachtsfeier planen, herrscht rege Tätigkeit; überall werden Vorbereitungen getroffen, Mitgliefern und Gästen Freude zu bereiten. Eine sorgfältig vorbereitete Weihnachtsfeier hält der Gemeinfest Chor heute, Sonnabend, abend im Gasthof „Zur Sorge“ ab.

**Stadtschiffspiele.** Illen-Duven bringt der für Sonntag abend vorgesehene Film „Großstadtinder“. Es gibt wohl keinen Maler, der sich mit solcher Liebe in das Leben der Großstadtinder aus den Armenvierteln unserer Städte vertieft hat, wie der westliche Schmidt Film. Wenn jetzt ein Film aus dem Wirkungskreis des mit altem Sinn begabten Malers gezeigt wird, so verdient er einen guten Besuch. Was der zweite Film: „Dunkle Erbsen“ bringt, folgt schon der Titel. Er bietet einen Blick in die Welt der Gauner und ist spannend in Aufbau und Schilderung.

**Berufsberatung.** Am Dienstag, dem 20. Dezember, hält die Berufsberatung aus dem Reichsamt für die Berufsberatung von 16 bis 18 Uhr in der Rebenstraße 5a eine Berufsberatung zu Quartier, Klasse 18, ab, erteilt Berufsberatung und übernimmt Vermittlung von Auszubildenden, alles kostenlos. Schulgenüsse, bemerkenswerte Arbeitsproben, von Schülern abgeben oder Arbeitsproben, sind mitzubringen. Diesmal sind Frauenberufe an der Reihe. Wiederhergeben 3. Dienstag im Monat. Die Berufsberatung ist auch im Arbeitsamt Halle selbst erreichbar. Näheres in unserer Geschäftsstelle.

**Drei Gebote für den Weihnachtseinkauf.** Geschäftsinhaber und Angestellte des Einzelhandels richten an das laufende Publikum die Bitte: Besorgt eure Weihnachtseinkäufe rechtzeitig! Wer frühzeitig kauft, hilft dem Geschäftsmann und nicht sich selber am allermeisten. Denn er findet die rechte Auswahl und hat volle Mühe zu gründlicher Warenprüfung. Wer irgend wann, benutzte zum Einkauf den Vormittag und die frühen Nachmittagsstunden, in denen der Andrang nicht halb so groß ist wie tags über Geschäftsschluss.

Mit den Schlussarbeiten am Heiligabend warte man nicht bis zur letzten Stunde! Der fünf-Uhr-Abschluss am Heiligabend soll auch den Kaufleuten und Kaufmannsgehilfen die weiche Weihnachtsruhe geben. Und wenn hätte unterhalb einen stillen Heiligabend nötiger gehabt als gerade in diesem aufgereizten Jahr! Nach der Erfahrung braucht man in den allerletzten Stunden für die paar Einkäufe, die man an ruhigeren Tagen in einer halben Stunde besorgt, die drei bis vierfache Zeit. Vergeßliche Verpätungen sind die freudlose Folge! So gebieten eigener Vorteil und soziale Rücksicht, daß man das Kaufen nicht bis zu allerletzt aufschiebt. — Noch eine dritte Mahnung, für die der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband auf allgemeine Beherzigung hofft: Bevorzugt deutsches Wertgut! Wer sich daran hält, leistet einen wertvollen täglichen Beitrag zur Arbeitslosenhilfe. Frohlichen Einkauf!

**Großes Preisstücken zu Weihnachten.** Am zweiten Weihnachtsfeiertag, nachmittags 3 Uhr an, findet im Gasthof „Zur Sorge“ in Rebna das große Preisstücken des Reichslands-Vereins statt. Einladungen an die bekanntesten Staffspieler sind bereits ergangen, wer jedoch bei der Einladung abgerufen sein sollte, wolle sich in der „Sorge“ das Teilnehmerergebnis eintragen lassen. 80 Spiele sind vorgesehen, der Einsatz ist auf 225 RM. festgesetzt. Es geht um folgende Preise: 4 I. Preise, und zwar 100, 75, 50, 25 RM., 10 Preise zu je 10 RM., 20 Preise zu je 5 RM. usw. — Also für Herren Spieler, diesmal wird die Wirtschaft angefahren, es werden nette Preise, aber es wird notwendig, daß bis zu Weihnachten fleißig trainiert wird, denn die ausgelegten Preise dürfen wohl etwas hoch hängen, weil jedenfalls die tüchtigsten Spieler diesmal nicht zuhause bleiben werden.

**Werbeabend.** Es wird heute für vielerlei geworden jede Gruppe und jedes Gruppen glaubt durch Werbeveranstaltungen vorwärts zu kommen, für seine Ziele Weggewinn zu gewinnen, mitunter auch um die Vereinskasse zu füllen. Nicht immer ist das aus Pflicht, manche sog. Werbung ist überflüssig, sogar lächerlich, weil mit ihr nur die Verpöterung der Volksträfte genährt wird. Was aber bei Stärkung unseres deutschen Volkstums dienlich ist, das muß auf alle Fälle, selbst in Notzeiten, unterstützt werden, und zwar nicht nur mit Spitzwaffen, sondern schließlich auch materiell. Das gilt vor allem, wenn der V.D.M. Verein für das Deutschtum im Auslande Werbekräfte auf Land, in die kleinen und mittleren Städte schickt, um dort für seine Ziele Förderer und fröhliche Geber zu werden. Ein solcher Werber war am letzten Montag auch in unserer Gegend. Unter freundschaftlicher Mitwirkung der Steinchen Kapelle war es vorzugsweise unsere unter Führung des Herrn Rektor Böttcher dem V.D.M. angehörende Schulgruppe, die dem zu einem Vortrag hierher gekommenen Auslandsdeutschen Herrn Grenzthal aus Südbawien durch Vorbereitung eines deutschen Abends ein herzliches Willkommen bot. Und zur Ehre unseres Städtchens darf gesagt sein, wenn es sich darum handelt, deutsch zu fühlen und deutsch zu handeln, da ist sich ganz Rebna einig. Das zeigte sich auch am Montag: alle Stände waren vertreten, der Saal war vollbesetzt. Nach einer Begrüßungsansprache des Herrn Rektors, in der er die Notwendigkeit des engen Zusammenhanges in der Frage der Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Auslande hervorhob, unterhielt die Kinder durch Vorträge, kleine Aufführungen und sportliche Darbietungen die Anwesenden. Nachdem die Kinder durch ihre Begeisterung für die gute Sache gezeigt hatten, daß unsere Jugend sehr gut weiß, welche Aufgabe sie derzeit einmal zu meistern haben, ist, nahm der Gast des Abends, Herr Grenzthal, das Wort zu seinem jugendlichen Vortrag. Er machte zunächst den aufmerksamen Zuhörern klar, wie viel Deutsche heute der deutschen Grenzpfähle, streifen in allen Ländern der Erde, wohnen und wie besonders durch den Verfall der Welt große Massen deutscher Stammesbrüder und -schwester als deutsche Minoritäten in Ländern mit nieberem Kulturstand ihr Dasein fristen müssen. Diesen Volksgenossen den geistigen Verkehr mit der deutschen Heimat zu ermöglichen, sie aufrecht und willensstark zu erhalten, ist Aufgabe aller, die noch das Glück haben, im großen deutschen Vaterlande wohnen zu können. Im besonderen beiphrach der Redner die Kämpfe der Landeseute um ihr Deutschtum in Südbawien, namentlich den schweren Stand den sie heute in bezug auf Schul- und Kirchenfreiheit. Der einzige Trost, den jene Landeseute haben, sei der, daß sie von dem großen Mutterlande erhoffen dürfen, daß sie nicht vergessen werden, obwohl die Not auch hier groß ist. Die Worte des Redners gingen jedem der Anwesenden zu Herzen, er wußte sie zu begreifen für die gute Sache und so wird der Abend nicht nur betrogen, die Pflege des Deutschtums im Auslande zu fördern, der von erster deutscher Treue erfüllende Auslandsdeutsche dürfte mit seinem Vortrag auch manchem Zuhörer den Weg gezeigt haben, den zu betreten es jetzt so dringend notwendig ist, den Weg zur deutschen Einheit, die uns wieder stark und wehrhaft macht.

**Freitod?** Seit Mittwoch wird die Frau des Geschäftsführers Paul Volker von hier vermisst und es wird angenommen, daß sie den Tod in der Ostsee gefunden hat. Frau Volker hat an einem früheren Abend, wegen dessen sie bereits im vorigen Jahre einige Zeit in einer Krankenheilanstalt sich befand. Die beherrschende Frau dürfte somit aus Verzweiflung über ihr Leben zu einem unheilvollen Schritt gekommen sein.

**Ein noch intakt abliegendes Unternehmen.** Bei der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung der Vereinigten Thüringer Brauereien A. G., in deren Vorstand etwa 100 Aktionäre anwesend, die ein Kapital von 545 000 RM. vertreten. Die vorgeschlagene Bilanz, die Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent wurde einstimmig genehmigt. Vom Vorstand der Gesellschaft nahm Herr Dr. Kauffmann das Wort und

erläuterte das Ergebnis. Herr Dr. Kauffmann verband damit Gebanken über die wirtschaftliche Lage der Gegenwart, der Vergangenheit und der Zukunft. Er betonte, daß die Vereinigten Thüringer Brauereien aus eigener Kraft mit angesammeltem Mehlereien die technische Vervollkommnung des Betriebes durchzuführen konnten, und auch in diesem Jahre eine weitere Modernisierung der Anlagen stattfinden. Den Bestimmungen der Notverordnung gemäß mußte der gezielte Aufsichtsrat neu gewählt werden. Es wurden wiedergewählt Herr Max Müller-Bremer als Vorsitzender, Herr Anton Kaufmann als stellvertretender Vorsitzender und Herr Brauereibesitzer, Herr Marienborn. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Herr Konrad Direktor Hilpert-Rohla, Herr Direktor Eckardt-Werner, Herr Kaufmann Konrad-Wilhelm.

**Ausland und zu Hause.** Was besteht in ungenüht, daß im Merzburger Industrieerwerb in Arbeitsdienst Braumachen urbar gemacht werden. Jetzt geht uns von der Landesprekstelle des Werksolf folgender Bericht zu: Der Werksolf-Ortsgruppe Gesellschaft im Merzburger Industrieerwerb, die seit Monaten mit bestem Erfolge im Arbeitsdienst tätig ist, nimmt ein zweites Arbeitsdienstlager zum Arbeitsamt bewilligt worden. Hier werden durch 20 Mann alle Gleisstrahlen abgetragen und zu verdrängten beltes Ausland zurückgenommen, das bei im Aufbau begriffenen eigenen Landwirtschaft der betr. Werksolf-Ortsgruppe angegliedert wird.

**Robelen.** [Zurück zum Vorkommen] Aufsehen erregte gestern ein durch ungenühten Tri fortsetzendes großes Unfall aus Wünnen. Es war nicht die Größe des Wagens, die besonders Aufsehen erregte, vielmehr seine Verfassung mit Benzinmotor. Wie die Autos im allgemeinen an den Zapfenstellen vorfahren und sich mit Benzin- oder Benzinmischungen versehen, so fuhr dieser Wagen in die Thüringer Holzwerke und nahm einige Zentner Holz als Betriebsstoff mit. Das Holz wird in einem Generator veratmet und das Gas dem Motor als Treibstoff zugeführt. Der Betrieb erforderte damit eine wesentliche Verbilligung; auch ein Brennstoffmangel auf offener Landstraße wird kaum eintreten, denn ein paar Stüchden Holz sind schließlich überall aufzutreiben.

**Ziegeleben.** [Zurück zum Vorkommen] Das freiwillige Arbeitsdienstlager des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins in Ziegeleben veranstaltete am Sonntag, dem 11. Dezember, einen Lagerball. Der Führer des Lagers, Herr Schramm, begrüßte die Gäste und erläuterte kurz den Sinn und das Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes. Nicht nur die körperliche Arbeit, die fleißige, geistige und moralische Erziehung, die Pflege der Kameradschaft, seien die Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes, es ginge um weit Höheres. Das Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes sei der Kampf um den Wiedererwerb unseres deutschen Vaterlandes. Und die deutsche Jugend, die sich im freiwilligen Arbeitsdienst zusammenschließen hat, wolle um ihr Vaterland und um ihre Zukunft kämpfen. Ihre Waffen seien der Spaten, die Schaufel, die Pflanz. Und mit diesen Waffen werde der Kampf um die Wiedergewinnung Deutschlands mit Ernst und Freude aufgenommen. Unter höchstem Gut ist unser Vaterland, seine Freiheit und sein Wohl. Diese Güter zu bewahren und zu befähigen ist heiligste Pflicht der Jugend. Darum fühle man Leib und Seele im freiwilligen Arbeitsdienst, darum lebe die freiwillige Arbeitsdienst-Jugend als eine Mannschaff zusammen, mit dem Willen: Freiheit für das deutsche Vaterland. Anschließend folgten Musikleistungen, einige Scherzspiele, Waage, erster und zweiter Natur. Eine sehr vorzügliche Körperübungs sowie eine bessere Turnübung fanden den besonders lebhaften Beifall der zahlreich erschienenen Gäste. Lange noch blieben die Arbeitsdienstler mit ihren Gästen beim Tanz zusammen.

**Oberbergraben.** Bei der am Montag stattfindenden Jungensfeier der Galtwitz Grubenwägenbesitzer vor dem Amtsgericht Heddrungen gab das Schöffengericht die Brauerei Deinhardt, Weimar, ab. Der Firma Deinhardt wird die ganze Angelengezeit etwa 40000 RM. kosten.

**Gängebau.** Als Zeichenzeit für eine geborgte Markt übergab ein Wanderbursche einem seiner Kollegen einen Scheck über 100 Mark. Der Scheck war jedoch falsch. Da man vermutet, daß man es mit einem Schmeißler zu tun hat, werden entsprechende Schritte eingeleitet.

**Unterstützung (Mann, Geleit).** Ein 31-jähriger Mann erkrankte sich während der Welt in einer halleischen Bierkneipe und einem Kalkario. Drei Injektionen des Biermagens wurden erbracht verfehlt.

**Heilich.** Vom jüdischen ertappt wurden zwei jüdische Arbeiter, die in der Waldecker Zier widerten. Beim Anruf ergreifen sie die Flucht, wobei sie den Hund des jüdischen in die Laute locken. Einer der Wilderer wurde von einem Jagdbesitzer durch einen Schrotfisch im Gesicht verfehlt.

**Naumburg.** Am 13. Juni d. J. war ein Personenzug der Strecke Erfurt-Halle im Corbecher Bahnhof auf einen haltenen Güterzug aufgefahren. Dabei entgleisten zwei Wagen des Güterzuges und 16 Fahrgäste des Personenzuges wurden leicht verletzt. Sehr verhängnisvoll die Große Straßammer Frau und ihr in dieser Sache in Corbecher gegen den Lokomotivführer Arno Dittmar und den Heizer Ernst Beckner, beide aus Weimar, wegen schuldiglicher Körperverletzung und Transportgefährdung.

Den Angeklagten wurde ihre Behauptung widerlegt, das betrübende Einmal habe auf „Freie Fahrt“ gehalten. Es wurden zu drei bzw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei in Berücksichtigung gezogen wurde, daß sie durch ihre Entlassung bei der Reichsbahn schon genügend bestraft worden seien.

**Ygendorf.** (Gefellat). Der Frost hat auch auf unserm Teich eine Eisdecke gebildet, die schon einen Menschen trägt. Allerdings ist sie noch nicht hart genug für eine ganz Weite Personensammlung. Das müssen am Sonnabend etwa 10 Kinder erfahren, die sich auf dem Eise tummelten. Als sie alle planmenschlichen, gab die Decke plötzlich nach und alle glücklichen führten bis unter die Arme in die eifige Walle. Zum Glück konnten sie sich selbst oder mit Hilfe anderer herausziehen.

**Bad Dürrenberg.** Mittwoch sollte die Verteilung der insgesamt 494 Wöhungen umfassenden Dürrenberger Zielung erfolgen. Günstiger sind die Thüringische Landes- und Hypothekbank mit 3 106 000 Mark, das Ammoniawert Merzberg mit 1 402 000 Mark und die Gemeinde Dürrenberg mit 88 000 Mark.



der Wert des Fahrenwertes allein 600 211 Mark betragt. Die Hauptlast der die Thüringische Landes- und Hypothekbank, insbesondere der Verpfändung, fand aber mit diesem Wertprüf bei den übrigen Beteiligten und beim Gericht seine Zustimmung. Sämtliche Anwesenden beantragten, das das Einzelausgebot unterbleiben und nur ein Gesamtangebot stattfinden solle. Der in bar zu zahlende Teil des geringsten Angebotes wurde auf 61 331 Mark festgesetzt. Nach einem Angebot der Thüringer Landes- und Hypothekbank von zuletzt 1 100 000 Mark schiedete sich der Kreisfiskusminister Dr. Landreis Merzbach, vertreten durch den Vertreter Böhndel, mit einem Angebot von 1 200 000 Mark ein. Der Landreis blieb Meistbietender. Schließlich beantragte die Thüringer Landes- und Hypothekbank die Verjagung des Zuschlages, weil nach der Anordnung des Reichspräsidenten bei Finanzangelegenheiten 70 Prozent des Wertes als Mindestbetrag zu gelten haben. Das Gericht erteilte dann am den Freitag nach, ein neuer Versteigerungstermin wurde auf den 23. März 1933 festgesetzt.

**Größhöfen (St. Merzbach).** Im Bett erhängt hat sich eine 74jährige Witwe von hier. Die Frau, die schon mehrfach Selbstmordversuche unternommen, hatte einen Erbfall an der Zimmerdecke befestigt und sich eine Schlinge um den Hals gelegt. Wiederbelebungsbemühungen waren ohne Erfolg.

**Feueridee (Saalzeitz).** Ein Zusammenstoß ereignete sich am Dienstagabend auf dem Bäderberg zwischen einem Personenauto aus Eisenberg i. Thür. und einem Volkswagen aus Weimar. Der Thüringer Wagen überfuhr sich und führte in den Straßengraben. Von dem vier Insassen wurden zwei tödlich verletzt, das die in der hellen Nacht gebracht werden mußten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

**Gericht (St. Delitzsch).** 14 Stück Rindvieh erkrankte. Von einem derben Mägdelein wurde der Landwirt tödlich erkrankt. Ueber Nacht geriet im Rindviehstall Stroh ins Glühende. Sieben Kühe, zwei Bullen, fünf Stück Junge und 11 Ziegenkälber starben. In dem Vieh entzündete Qualm. Ursache des kleinen Brandes war ein elektrischer Pumpenmotor, der ins Glühende geriet und das Stroh zum Glimmen brachte. Der Schaden wird auf über 5000 Mark veranschlagt.

**Köthen (St. Vitzthum).** Vom Jurisprudenzamt wurden in der letzten Zeit vier Männer beobachtet. Die bei keinem der vier Männer ist eine Verurteilung, der und mehrerer mit Österrische fälliger Fälle festgestellt. Sie konnten aber nach längerer Verfolgung ergriffen werden. Die Zeugenkennner, vier Arbeiter aus Ramin, gaben zu, eine Brunnendörner Mühle ausgearbeitet zu haben. Auf ihre Konten sollten weitere Mühlenströme kommen.

**Büben a. d. Mulde.** Freigeprosen wurde vom Vorgänger Schwurgericht der Bädermeister und Hausbesitzer Adolf Vetter aus Büben, der sich wegen Brandstiftung und Verfertigungsbetrugs zu verantworten hatte. In Veters Haus war im September d. J. ein großes Schadenfeuer ausgebrochen. Da das Gebäude verfallenes Holzwerkwerk verfertigt war, wurde Vetter unter Brandstiftungsvorwürfen in Haft genommen. Obwohl der Sachverständigenbericht feststellte, daß in der Wohnung des Angeklagten Spuren von feuergefährlichen Ölen und ein mit Petroleum gefülltes Sofa vorgefunden wurden, erklärte der Angeklagte mit Hilfe von Zeugen, daß er der Schuldig zu sein zu haben. Die Geschworenen konnten sich von Veters Schuld nicht überzeugen und vernichteten die Schuldfrage.

**Deffau.** Bei der Beratung eines EW-Antrages auf Gewährung einer besonderen Winterhilfe in Deffau teilte Bürgermeister Heße über die Finanzlage der Stadt mit, daß sich durch den Rückgang der Reichseinkommensteuern, den Eingänge an Bürgersteuer und anderen Steuern ein Steueranstieg von insgesamt 600 000 Mark ergebe Mittel für eine besondere Winterhilfe könnten daher nicht aufgebracht werden. Die Stadt, die nach Köthen die größte Zahl der unrentierlichen Wohlfahrtsvereine habe, erhalte einen monatlichen Zuschuß von 28 000 Mark. Die Winterhilfe solle sich in der nächsten Zeit um 200 000 Mark erhöhen. Der Antrag wurde die Sitzung wurde die Sozialkommission für monatlich 3 Mark auf 50 Mark erhöht; man erwartet nunmehr Einnahmen aus dieser Steuer von 40 bis 50 000 Mark.

**Deffau.** Der Anhaltische Landtag beendete am Dienstag die zweite Lesung des Staatshaushaltes. Die Anträge der EW-Anträge, die Steuer für Gehilfenleistungen in den Städten auf 100 und in den Landgemeinden auf 50 Mark zu erhöhen, wurden angenommen, ebenso die sogenannten Sozialfürsorgebeiträge der EW-Anträge. Die fordernde Erhöhung der Strompreise und Brechung des Monopols der Ueberlandzentrale, Kommunalisierung der Licht-, Wasser- und Kraftwerke sowie Verstaatlichung dieser Werke, sowie es angedeutet ist. Die zweite Lesung des Gehilfenvertrages über die Verwendung von Vermögensbeschlüssen im Jahre 1932 wurde vom Staatsminister juristisch genehmigt, da die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht gefordert erschien und die Regierung das Gesetz auf dem Wege der Anordnungsverordnung einführen will.

Der äußere Verlauf der Sitzung war recht lebhaft. Es wurden eine Anzahl Denunziationen erteilt.

**Burg bei Magdeburg.** Abgeschloßung. In Burg, das u. a. auch durch keine Schulfabrikation bekannt ist, müssen infolge der Wirtschaftskrise über 1100 Schulmädchen feiern.

**Wanzleben.** Ein Jagdbanner, der mit zwei Jägern nachts im Dornerebener Sool auf die Fuchsjagd ging, wurde, als er sich von seinen Begleitern getrennt hatte, in einem Kampf mit Wilderern verwickelt. Einer der Wilderer schoß im Schutze einer Weidblatene auf den Besatzten, traf jedoch nicht. Der Besatzte ging in Deckung und erwiderte das Feuer. Den Wilderern, fünf an der Zahl, gelang es, auf Rabern unerlaubt zu entkommen.

**Eilenburg.** Im Gebiet der Städte Eilenburg und Delitzsch ist am Donnerstag auf Anordnung des Reichspräsidenten das Verbot von Gehilfenleistungen in Kraft getreten.

**Neuhaldensleben.** Unter dem Verdacht des verurteilten Mordes wurde der Maurer Steple festgenommen. Er hatte seine Frau beim Viehstürzen überfallen und ihr mit einem Hammer einen Schlag auf den Kopf versetzt. Als er zu einem zweiten Schlag ansetzte, floh der Hammer vom Kopf. Die Frau wurde hierauf mit einem Messer herbeigeholt. Die Motive zur Tat bedürfen noch der Aufklärung.

**Verschiedenes (St. Delitzsch).** Infolge Brandstiftung wurde kurz nach Mitternacht die Scheune des Landwirts Motzke durch ein Großfeuer eingedringt. Die Entzündung und eine Dreifachmaße wurden ein Opfer der Flammen.

**Gericht.** Polizeibeamte drangen in die Küche einer Wohnung in der Salzkraße, wo sie einen Einbrecher verurteilten. Nach einem Spruchschloß der eine Diebstahl scharf. Hierdurch erlitt der Mann, der sich merkwürdigerweise als der Sohn der Wohnungsinhaberin entpuppte, eine Bedenkerlegung. Im Krankenhaus ist er noch hartem Blinderlust an einem Herzschlag gestorben, da der Schlag im linken Oberstiel der großen Gefäße zerfallen hatte.

**Magdeburg.** In ein Verlagsbüro der Schrottdorfer Straße brachen die ein und erbeuteten Beizwaren im Werte von 1000 Mark, die sie wahrscheinlich in einem Kraftwagen fortgeschafft.

**Leichtau (St. Veridow I).** Ein Wilderer aus Zerbit konnte vom Revierjäger im Winkendübel geteilt und festgenommen werden. Der festgenommene war schon seit langem der Wildererei verdächtig. Es wurden ihm eine zusammenlegbare Bläse mit Schalldämpfer und ein Feldjäger abgenommen.

**Verkehrsaußschuß wünscht Mittellandtanalbau bis 1935.** Im Verkehrsaußschuß des Preussischen Landtages gelangte ein EW-Antrag zur Annahme, der das Eisenbahnministerium ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Fertigstellung des Mittellandtanals bis 1935 (statt bis 1930) als Gegenhalt dordringlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung angesehen wird.

### Die Not im Gashüttengewerbe

**Verletzung von allen Sondersteuern gefordert.** Der Verband der Hüttenfabrikanten und verwandter Betriebe von Sachsen-Anhalt hielt in Magdeburg eine öffentliche Kundgebung ab, auf der Verbandspräsident Reichsminister Dr. Meyer ein ausführliches Referat über die Lage des Gashüttengewerbes hielt. Dabei wies der Redner auch darauf hin, daß die Behörden dem Gashüttengewerbe bisher nur immer Zuneigung gezeigt hätten, wenn es darauf ankam, für den Vater Staat neue Steuerquellen zu suchen, daß sie aber die wahre Lage des Gewerbes nicht gesehen, ohne zu bemerken, daß die Steuerbelastung sich in keinem anderen Gewerbe so nachdrücklich auswirke, wie gerade im Gashüttengewerbe. Das Gashüttengewerbe werde zum Mittelstand, denn bei 200 000 Betrieben mit 750 000 Arbeitnehmern seien nur etwa 370 Betriebe vorhanden, die mehr als 50 Personen beschäftigen.

Die Verammlung, der auch zahlreiche Behördenvertreter und Vertreter der Handelskammern Magdeburg, Halberstadt und Dessau beizuhörten, nahm zum Schluß eine Entschließung an, die im wesentlichen folgende Forderungen stellt:

**Verletzung von allen Sondersteuern und entsprechende Gleichstellung mit den übrigen Gewerben, Aufhebung der Steuerfreiheit für die konfiszirten Ueberbergungsbetriebe, Eindämmung des Uebernehmens der Eisenwerke, scharfe Durchsicherung der Konzeptionsverfahren, Erhebung der Hauszins- und Grundvermögenssteuern nur im Verhältnis der tatsächlichen Belastung der Hüttenbetriebe oder des Getränkeumfanges, darüber hinaus Befreiung dieser Steuern.**

### Fortbildungsbetrug für Führer des Freiwilligen Arbeitsdienstes

Der Beiratskommission für den Freiwilligen Arbeitsdienst im Bezirk des Landesbestimmtes Mitteldeutschland hat auf die Dauer von acht Tagen 30 württembergische Führer von Arbeitsdienstlagern nach Altleben a. S. (Bez. Halle) einberufen. Die Zusammenkunft soll dem Erprobungsausschuss dienen und Anregung für zweckmäßige Weiterarbeit geben.

### Ausbau der Harzstrassen nötig

Der Fremdenverkehr soll gehoben werden. In einer Verammlung in Nordhausen nahm die Wirtschafts- und Verkehrsvereinsleitung Zühbars-Vorsitzender eine Entschließung an, die darauf hinweist, daß auch im Harz der Touristenverkehr alljährlich sich mehr und mehr auf den Autoverkehr umstellt.

Will man also den Fremdenverkehr fördern, so muß man die Straßen in den geeigneten Zustand versetzen. Der Harzer Verkehrsverband hat bereits Richtlinien aufgestellt, denen sich die Wirtschafts- und Verkehrsvereinsleitung Südharz voll anschließt. Die Durchsicherung dieser Richtlinien mußte, so heißt es in der Resolution, mit allen Mitteln erreicht werden. Dabei mußte jedoch darauf geachtet werden, daß während der Hauptzeit keine Sperrung von Straßen nach beliebigen Restzellen erfolge.

**Um die Aufhebung des Magdeburger Polizeistandes es.** In der Verwaltungsratsitzung der Deutschen Reichspost wurden die Pläne zur Verwaltungsreform, unter die ja auch die Auflösung des Polizeistandes Magdeburg fällt, besprochen. Der Reichspostminister erklärte, die neue Reichsregierung habe sich noch nicht mit den Reformplänen befaßt können. Es könne aber als sicher gelten, daß die Reichsregierung nur im Einvernehmen mit den Länderregierungen Änderungen treffen werde.

## Neues aus aller Welt

**Ablerplatte für Metallleger von Gronau.** Der Vorstand des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen hat beschlossen, Wolfgang von Gronau die Ablerplatte zu verleihen. Diese Platte ist nicht nur die herausragende sportliche Leistung anerkannt worden, die er bisher erzielte, sondern auch die Weltumseglung vollbracht haben, sondern vor allem der damit für die systematische Erforschung neuer und geeigneter Luftverkehrswege geleistete Pionierdienst. Die Ueberreichung der Plakette und Urkunde wird am Sonnabend durch den ersten Vorsitzenden des D.M.V. Staatssekretär a. D. Dr. Remond erfolgen.

**Einbrecher im Namen-Ami.** In der Nacht stahlten Einbrecher den Büromöbel des Internationalen Namen-Amtes, wo sich auch die Berliner Vertretung des Böhmerbundes befindet, einen Besuch ab. Die Einbrecher erbrachen die Schränke und Schreibräume in den Büromöbeln, die sie mit Nachschlüssel geöffnet hatten. Es fiel ihnen aber nur ein geringer Geldbetrag in Höhe von etwa 20 Mark in die Hände. Da die Einbrecher ihre Geldbörse vermisst und es auf die sogenannten Namen-Büro abgehen hatten, die in früheren Jahren von dem Namen-Ami für Staatenlose ausgefertigt wurden, ist noch nicht festgestellt.

**Direktor Brolat entlassen.** Der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat beschlossen, Direktor Brolat, gegen den ein Reineinsverfahren (d. h. ein Vorstandsmitglied absperren) und mit sofortiger Wirkung auf seine

weitere Identifizierung zu verzichten. Die Stelle von Direktor Brolat wird eingepflegt werden. Brolat erhält weiter sein Gehalt bis zum Ablauf seines Vertrages, also bis zum 31. Dezember 1933, und wird dann pensioniert, vorausgesetzt, daß nicht inzwischen der Ausgang des Strafverfahrens eine anderweitige Regelung rechtfertigen würde.

**Vertagung des Dolompa-Prozesses.** Der für den heutigen Freitag vor dem Weimarer Sondergericht angelegte Termin, den die erst nach Abschluß des ersten Dolompa-Prozesses verhafteten Dolompa und Düggel mit Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit der Aufhebung der Sondergerichte abgelegt wurde. Die Verhandlung gegen die beiden Mitäter des Ueberfalls auf den kommunalistischen Arbeiter Bietzsch in Potempa werden sich nun vermutlich erst in der ersten Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Weimern im Januar nächsten Jahres zu veranlassen haben.

**Verbrechen oder Unfall?** In der Barockstraße in Ronau bei Potsdam wurde die Leiche einer unbekanntem Frau gefunden. Bei der ersten Untersuchung durch die Nordkommission konnte man äußere Verletzungen, die auf irgendeine Gewalttat schließen lassen, nicht feststellen. Eigenartigerweise waren aber das Kleid und die Unterwäsche der Frau zerissen. Es ist daher möglich, daß die Frau das Opfer eines Stillsitzverbrechens geworden ist.

**Oberst a. D. von Rohr 7.** Auf Schloss Guden bei Mohrin in der Neumark starb im Alter von 84 Jahren Oberst a. D. Karl von Rohr, der an dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 teilgenommen hat und nach der Schlacht bei Mars-La-Tour zum Offizier befördert wurde. Er war zuletzt Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 14 in St. Amand in Lothringen.

**Todesfall beim Fußballspiel.** Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich bei einem Fußballspiel in Wittenow (St. Niederbarnim). Dort war der 23 Jahre alte Gashüttenarbeiter Ebers von der Mannschaft des ersten Wittenow-Fußballspielers zu unglücklich gestürzt, daß er einen Schädelbruch erlitt. Er wurde in das Kreiskrankenhaus Salzkroge gebracht, wo er vier Stunden später starb.

### Geschäftliches

**Du hast aber gepfeifte Hände!** Ah weißt Du, ich finde, die kann heute jede Frau haben, wenn sie Flug ist. Ich zum Beispiel habe mich dem Pagen bei der Schenkung der Handschuhe angeschlossen. Das fest den Schmutz wie auf Kommando fort und ist doch so mild, daß die Hände geschont bleiben.

### Spiel und Sport

#### Nebrer Sportvereinigungen 1934.

**Morgen Fußball - Klubkampf N.S.B. 24 - B.F.L. Quercurl!** Für den goldenen Sonntag hat der Spielplan der N.S.B. 24 den Klubkampf mit dem B.F.L. Quercurl vereinbart. Im Sommer konnten wir mit 4 Mannschaften in Quercurl spielend zwei Spiele gewinnen, zwei games verloren. In der Zwischenzeit haben die beiden Juniorenmannschaften ihr Müßli Spiel bereits ausgetragen, so daß für morgen nur noch drei Spiele auf dem Programm stehen. Am 12. März haben sich unter der Leitung von Bolland die beiderseitigen Schülermannschaften gegenüber. Sollten wir, das wäre Jünglinge, wie in Quercurl, als Sieger den Platz verlassen. Im Anschließung um 13 Uhr haben sich unter Aufsicht der Leitung die beiderseitigen 2. Mannschaften gegenüber. Auch hier konnten wir in Quercurl mit 2:0 Toren gewinnen. In der Zwischenzeit hat unsere 2. Elf durch Abgabe verlässlicher Spieler an Spielstärke eingebüßt und es ist daher schwer vorzusagen, welche Mannschaft den Sieger stellt. Um 14.30 Uhr stehen sich unter der Leitung des Anstaltlichen Kaufmann (B.S.C. Kirchseidungen)

#### N.S.B. 24 I. Herren und B.F.L. Quercurl I. Herren

in Freundschaftsspiel gegenüber. Noch ist die letzte Begegnung der beiden Nachbarvereine in better Erinnerung, und wieder bekräftigt das am Sonntag stattfindende Freundschaftsspiel die Gemüter. Alles ist in Erwartung gezogen, und das Verbleibe wäre es, nach dem am letzten Sonntag gezeigten Leistungen beider Mannschaften für dieses Spiel einen Maßstab anzulegen. Nebra muß mit Erlaubnis von den linken Verteidiger und den Einkausen antreten, geht also schon ziemlich früh geschwächt in dieses Treffen, während der B.F.L. Quercurl seine beste Leistung meldet. Bei Nebra muß sich durch den Erlaubnis eine Umstellung nötig. Beide Mannschaften werden voraussichtlich in folgenden Aufstellungen antreten:

Nebra (Blauweiß)	Rechnagel II
Quercurl (Schwarzgrün)	Trödel
Körner	Gebhardt
Strif	Sauer
Beuthon	Plattner
Trud	Broß II
Wand	Weyer
Wolland II	Wieser
Ernenam II	Berner II
Ernenam I	Ernenam I

Der derzeitige Tabellenstand der beiden Nachbarvereine wird eine Massenwanderung nach dem N.S.B.-Sportplatz bringen. Wird Nebra oder Quercurl den Sieger stellen, und wie dürfte sich unter früherer Mittelläufer Körner als Verteidiger beim B.F.L. Quercurl eingepflegt haben? Das sind alles Fragen, welche unter Nebras Sportanhängern den Gesprächsthema bilden; niemand kann sie beantworten. Wir hoffen, daß beide Mannschaften von Glück angeleitet werden und in Sophien form Garnet und verfallen müssen sie kämpfen und trotzdem dem Sieger in echter Sportkameradschaft achten. Quercurl geht mit den größten Chancen in das Spiel, aber nur der wird in diesem Treffen den Sieger stellen, wenn überhaupt einer zustandekommt, der in seinen Handlungen der Glückliche sein wird. Hoffen wir nun, daß sich zu diesem hoch interessant zu werden verprechendem Spiel — trotz Erfolges — ein dankbares Publikum einfindet.

### Kirchliche Nachrichten

#### 4. Adventssonntag, den 18. Dezember.

**Sonntagsspruch:** Treue dem im Herrn allmächtig (Hilfswerk 4, 4)

**10 Uhr:** Hauptgottesdienst im Gemeindefeul. (Brosch über Joh. 11, 40)

**11 Uhr:** Lesung: 7, (34), 10 (3), 13 (40).

**Kollekte:** Schiffsfahrtsverband zur Förderung der Stillschiff.

**1/2 12 Uhr:** Jugendgottesdienst im Gemeindefeul.

**4 Uhr:** Weihnachtsgottesdienst im Schiffsgehörs-Gem. (1. Mose 19, 1 f.)

**Mittwoch, 23. 12., abends 8 Uhr:** Bistumsfeier im Gemeindefeul. (1. Mose 19, 1 f.)

**Freitag, 23. 12., abends 8 Uhr:** Jungfrauen-Bereim im Gemeindefeul.



## Ortsstatut

**der Stadt Nebra betreffend Reinigung öffentlicher Wege.**  
Auf Grund der §§ 4 und 5 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 wird mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und der Kreispolizeibehörde für den Stadtbezirk Nebra folgendes Ortsstatut erlassen:

§ 1.  
Die polizeimäßige Reinigung sämtlicher in der geschlossenen Ortschaft der Stadtgemeinde Nebra gelegenen Wege, die überausgehend dem inneren Verkehr der Ortschaft dienen, ist von den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke zu bewerkstelligen. Gleich bleibt, ob die Grundstücke bebaut oder unbebaut sind.

Die Straßenreinigungspflicht umfasst auch die Schneeräumung, das Freihalten der Straßenrinnen von Schnee und Eis bei Frostwetter, das Bestreuen mit abtumpfenden Stoffen bei Winterglätte, Entfernung des Grasesandes und das Bestreuen zur Verhinderung von Staubentwicklung beim Reinigen der Straßen. Jedoch fällt die polizeimäßige Reinigung der einen Bestandteil öffentlicher Wege bildenden Brücken, Durchlässe und ähnlicher Bauwerke unterhalb der Oberfläche des Weges dem zu ihrer Unterhaltung öffentlich rechtlich Verpflichteten zur Last. Sie wird durch dieses Ortsstatut nicht berührt.

§ 2.  
Bei Leistungsunfähigkeit der Eigentümer hat an ihrer Stelle die Stadtgemeinde die Pflicht der polizeimäßigen Reinigung zu übernehmen.

Desgleichen übernimmt die Stadt die Reinigungspflicht, wenn sich infolge von Regen und Schneeschmelze oder sonstiger Ereignisse an den Stellen, an denen höher gelegene Straßen in niedriger gelegene einmünden, größere Schlamm- oder Schmutzablagen angesammelt haben.

§ 3.  
Als Eigentümer der angrenzenden Grundstücke im Sinne des § 1 Abs. 1 gelten auch diejenigen Grundstückeigentümer, welche von dem öffentlichen Wege nur durch einen schmalen Landstreifen oder Graben getrennt sind, der als Zubehör anzusehen ist oder als landwirtschaftliches Grundstück nicht in Betracht kommt.

§ 4.  
Die Verpflichtung der Grundstückseigentümer erstreckt sich auf die ganze Straße, in welcher die Grundstücke an die Straße grenzen, und zwar hat jeder Grundstückseigentümer bis zur Mitte des Straßenrandes zu reinigen. Als Straßen oder Straßenteile im Sinne dieses Ortsstatutes gelten alle gepflasterten und ungepflasterten öffentlichen Straßen, Wege, Treppen, Plätze, Anlagen, Brücken, Durchgänge, Schuppen und Wintel.

Zur Straße gehören die Bürgersteige, die Kinnsteine und die Fahrbäume. Wo ein Kinnstein fehlt, ist unter Bürgersteig ein längs der Grundstücke laufender 2 Meter breiter Teil der Straße zu verstehen.

Besonders bei an freien Plätzen gelegenen Grundstücken erstreckt sich die Verpflichtung zur Reinigung des Straßenrandes höchstens auf eine Tiefe von 3 Metern längs der Front der Grundstücke.

§ 5.  
Übernimmt in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 1. Juli 1912 über die Reinigung öffentlicher Wege für den Stadtbezirk Nebra die Reinigung öffentlicher Wege für den Eigentümer des angrenzenden Grundstückes ein anderer gegenüber der Kreispolizeibehörde mit deren Zustimmung die Wegereinigungspflicht, so ruht die Wegereinigungspflicht des Grundstückseigentümers so lange, als der andere die Wegereinigungspflicht übernommen hat.

§ 6.  
Dieses Ortsstatut tritt am dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Nebra, den 20. September 1932.

**Der Magistrat.**  
(gez.) Grünberg Henkel Mammelt A. Franke  
Zustimmung zu vorstehendem Ortsstatut wird erteilt.  
Nebra, den 27. September 1932.

**Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.**  
I. V. (gez.) Henkel.

**Beschheid.**  
Das von den städtischen Körperschaften zu Nebra a. U. am 20.27. September 1932 beschlossene Ortsstatut der Stadt Nebra betr. Reinigung öffentlicher Wege wird genehmigt.  
Merseburg, den 30. November 1932.

Namens des Bezirksausschusses. **Der Vorsitzende.**  
(L. S.) In Vertretung (gez.) Dr. Knoll.  
Veröffentlicht.

Nebra, den 15. Dezember 1932.  
**Der Magistrat.** Grünberg.

### Ein praktisches

## Weihnachts-Gehtenk

bringt doppelte Freude!

Sie finden in guter Auswahl zu billigen Preisen:

- Bettbezüge**
- Betttücher**
- Handtücher**
- Wischtücher**
- Tischtücher**
- Tafeltücher**
- Kaffeedecken**

**Friedrich Srey, Inh.: Emil Srey**

## Bilder- Mal- und Märchen - Bücher

zu ganz billigen Preisen, darunter ein Posten älterer Exemplare zu Spottpreisen!  
**Spielwaren** von den einfachsten Ausführungen in Blech bis zu den feinsten Metallwaren.

- Holzbaukasten** . . . . . 50 ¢ und teurer
- Steinbaukasten** . . . . . RM. 1.50 und teurer
- Metallbaukasten** . . . . . 50 ¢ und teurer
- Puppen, Babys, Rollwagen, Roller, Kinos** von RM. 5.50 bis 36.—
- Kaufläden, Pferdeställe** usw. von 90 Pfg. an

Ein größerer Posten Wert-Puppen zu 40 Pfg. das Stück **Billige**, im Preise zurückgesetzte Spielwaren, wollen Sie bitte im Laden verlangen; in die Schauvitrine stelle ich vorwiegend neue Waren.

**WALTER SCHARF**



Freude tut not, darum schenkt!

Jeder kann Weihnachtsfreude bereiten, wenn er für die Kinder

## Spielwaren

und für Jung und Alt

praktische Haus- und Küchen-Geräte

schenkt. Meine Qualitäten sind anerkannt gut und meine Preise konkurrenzlos billig.

**Friedrich Schröder**

Reinsdorfer Strasse 2

das führende Spezialgeschäft

**Zigarren Zigarillos Zigaretten und Tabak**

in allen Preislagen.

**Gehtenkpackungen** zu RM. 1.—, 1.20, 1.50 2.— usw.

**Walter Scharf.**

## Grippe

Erkältung, Nervosität, Ermüpfungszustände, Schlaflosigkeit, Darmträgheit, Fettleibigkeit, Husten, anfalls, auch Wasserversucht, Vorgebeugt, grösste Erfolgschance durch den garantierten wohlschmeckenden

„Nerus“-Holunderliaft  
Große Packung 2.75  
Nebra: Adler-Droge/Gutmuths

## Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 20. Dezember d. J., 20 Uhr im Gasthof „Zum weißen Hof“

Z Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen.
2. Abnahme der Jahresrechnung der Stadt für 1931.
3. Wahl von zwei Mitgliedern des Sportauswahlausschusses.
4. Erörterung einer besondern planmäßigen Lehrkräfte.
5. Festsetzung des abgeänderten Haushaltsplanes 1932/33.

Nebra, den 15. Dezember 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher. May.

## Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“

Sonntag, den 18. Dezember, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

„Großstadtkinder“ von Heinrich Bille.

„Dunkle Gristenzen“

Es lautet freumbillich ein Borgwardt.

## Weihnachts-Schokolade

in Tafeln zu 35 ¢, 40 ¢, 50 ¢ und 80 ¢  
**Baumbehang** . . . . . 25 ¢ und teurer  
**Pralinen**, los . . . . . 1/2 Pfund 25 ¢, 35 ¢, 50 ¢, 75 ¢ und RM. 1.10

**Pralinen** in reizenden Geschenkpackungen:  
50 ¢, 75 ¢, 80 ¢, RM. 1.— und 1.25 pro 1/2 Pfd.  
RM. 1.—, 1.20, 1.50, 1.60, 2.—, 2.50, 3.— pro 1/2 Pfd.  
RM. 2.—, 3.—, 4.— und 5.— pro 1/2 Pfd.

**Walter Scharf.**

## Burkbraun-Edelgard-Schokolade

ein wirkliches Edelzeugnis von ganz hervorragender Qualität in 8 verschiedenen Geschnitten

100 g-Tafel 50 Pfg.

Essen Sie sich bitte hier von Schmeckstücken reich, denn alle künftigen Frauen sollen und können und müssen Burkbraun.

**Hugo Mögling**

Dankagung.

## Nervenschmerzen

Ich hatte Nervenschmerzen verbunden mit Gelenks- und Muskelschmerzen. Habe verschiedene Mittel von Arzt bekommen, aber nichts half. Nachdem ich mehrere Schachteln von Ihrem Indischen Kräuterpulver gebraucht habe, fühle ich mich sehr wohl. So schreibt Paul Bähob, Riederwald, Werschnitz-Bund, am 24. Oktober 1932.

Hinweis: Indisches Kräuterpulver besteht aus 10 verschiedenen meist indischen Kräutern. Absolut unschädlich. Es hat sich schon tausendfach bewährt bei: Adhärenz, Asthma, Herzbeschwerden, Hämorrhoiden, Leber- u. Gallenbeschwerden, Verdauungsstörungen, rheumatische Kopf- und Rückenschmerzen, Bluthinigung, Hautausschlag, Stomatitis, Rheuma, Gicht, Schachtel 3.— M., reich 15 Tage, das sind pro Tag nur 20 Pf. Vorzügliche in der Apotheke in Nebra, auch in den Apotheken Vorher in Rossleben, Leucha, Querfurt, Mücheln, Wiehe. Nachher

## Ihre Kartoffeln dämpfen Sie

vortheilhaft nur mit dem Akra-Dämpfer,

neues niedriges Modell,

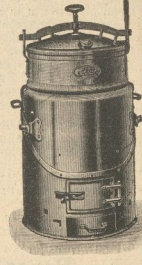
er ist sparsam im Brennstoffverbrauch, sodaß sich die Anschaffung schon in kurzer Zeit lohnt.

**Akra-Dämpfer sind führend.**

Fordern Sie unseren neuen Prospekt.

**Kyffhäuserhütte**

Artern 6 Fernsprecher Artern Nr. 201.



Am 14. Dezember verschied nach langem, schwerem Leiden unser

## Betriebsaufseher Herr Gustav Rabes.

Seit fast 30 Jahren war der Entschlafene in unserem Betriebe tätig, und wir haben seine gewissenhafte und zuverlässige Arbeitskraft, seinen Fleiß in Verbindung mit seinem schlichten, bescheidenen Wesen stets sehr geschätzt.

Wir bedauern schmerzlich den Heimgang und werden seiner stets in Ehre gedenken.

**Zuckerfabrik Vitzenburg**  
Vorstand und Direktion.

Am 14. Dezember 1932, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, verschied unser lieber Kollege, der

## Betriebsaufseher Herr Gustav Rabes,

Reinsdorf,

in seinem vollendeten 52. Lebensjahre.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen lieben, treuen Kollegen und Mitarbeiter, dem ein ehrendes Andenken bei uns gesichert ist.

Vitzenburg a. d. Unstrut, den 15. Dezember 1932.

**Die Beamten der Zuckerfabrik Vitzenburg.**





# Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Möding (vorm. Ww. Weiz), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Refamettel 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Atern.

N 151

Sonnabend, den 17. Dezember 1932

45. Jahrgang

## Reichstanzung von Schleicher

# Ein Programmpunkt: Arbeit schaffen!

### Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsankurbelung nur durch „freundliche Mitarbeit“ Aller möglich

## Zaristoderungsverordnung aufgehoben

Berlin, 15. Dezember.  
Die Reichsregierung hat die Aufhebung der Verordnung zur Verneuerung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 5. September 1932 beschlossen. Als Beendigungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgezogen. Zum jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, und ihre Arbeitsbeschaffung vor wirtschaftlichen Schäden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterbrechung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen frühestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein.

Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe am tariflichen Gehalt Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

## NSDAP und Regierung

Zunächst beobachtende Stellung.

München, 16. Dezember.

Zu den Beratungen im Hausparlament des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz, wenn ein nationalsozialistischer Abgeordneter bestimmte Vor schläge gemacht habe, so sei dies lediglich geschehen, um der fürchtbaren Not der Arbeitnehmerschaft zu steuern und unter Ablehnung einer freien Vereinigung Wege zur Behebung dieses Elends zu weisen. Hierdurch solle keineswegs dem Kabinett Schleicher „ein Ausweg aus der Situation“ gebahnt werden. Es werde vielmehr jetzt der Reichsregierung Gelegenheit gegeben, die „lokalen Schäden ihrer Vorgängerinnen wieder gutzumachen“.

In welchem Maße dies gelte, davon werde die Stellungnahme der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion im Januar abhängen. Verweigere sich das Kabinett Schleicher dieser nationalen und lokalen Pflicht, dann werde allerdings die Entlohnung zur Auflösung des Reichstages führen. Alles andere seien Pflanzlein.

Damit erledige sich auch die Kombination, die Nationalsozialisten würden mit Hilfe des Reichstagspräsidenten Göring verfahren, die Tagung des Reichstages bis in den März hinein aufzuschieben, um auf diese Weise der Notwendigkeit einer Stellungnahme zur Regierung Schleicher entgehen zu sein.

## Eine deutsche Nichtsstellung

Haavas-Auslegung des Genfer Abkommens.

Paris, 16. Dezember.

Die offiziöse Nachrichten-Agentur „Haavas“ veröffentlicht eine Auslassung aus Genf, die vermutlich von dem französischen Delegierten Magillig ausgeht und die in der deutschen Presse am 12. Dezember erschienenen Auslegungen der Einigungsformel der fünf Mächte als „jüdische Tendenz“ bezeichnet. In der Auslassung heißt es u. a.: Das Abkommen der fünf Mächte lasse die Bewilligung der Gleichberechtigung zugunsten der durch den Versailler Vertrag entworfenen Länder nur innerhalb eines Regimes zu, das für alle Nationen die Sicherheit in sich liege. Man könne nicht klarer darauf hinweisen, daß die Gleichberechtigung ein Ziel, aber nicht ein Ausgangspunkt sei. In diesem Punkt habe sich die französische These nicht geändert. Ebenfalls wenig hinsichtlich der grundlegenden Verbindung mit der Sicherheit.

Die deutsche Presse begrüße, daß die Durchführungsmodalitäten des Gleichberechtigungsgrundgesetzes im Verlaufe der Konferenz bestimmt werden sollen. Die deutsche Delegation vom 29. August habe nicht nur den Grundablaß der Gleichberechtigung sondern vor allem gewisse praktische Durchführungen verlangt, z. B. die Gleichheit bezüglich der qualitativen Abrüstung oder den Grundablaß, daß das Abkommen für alle Signatäre die gleiche Dauer haben werde.

Die Erklärung der fünf Mächte vom 11. Dezember enthalte keine derartige Dringlichkeit mehr. Die Durchführungsmodalitäten müßten also auf der Konferenz erst noch zu erörtern sein. Der Text des Völkerbundesvertrages vom 28. September 1928, auf den sich die deutsche Note berufe, rechtliche kaum die Interpretierung, wonach die Sicherheit nur durch einheitliche Begrenzung der Rüstungen erzielt werden könne.

Genoße deutsche Kommentare erklärten, daß einer der wesentlichen Vorteile der Genfer Erklärung in der Revision der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages

bestehe. Es sei richtig, daß Teil V des Versailler Vertrages durch das neue Abkommen ersetzt werden solle, aber Teil V werde erst gestrichen werden, wenn nach Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Signatäre des Versailler Vertrages das Abkommen in Kraft gesetzt sein werde.

Die vorstehenden Ausführungen kennzeichnen sich als Verzicht, die Genfer Vereinbarung als übereinstimmend mit den allen französischen Zielen in der Abrüstungsfrage hinzustellen. Es ist unnötig, hierauf näher einzugehen, da der Wortlaut der Vereinbarung für sich selbst spricht, zumal, wenn man ihn mit der bekannten französischen Note vom 11. September d. J. vergleicht, der an der deutschen Gleichberechtigungsforderung noch vollständig vorbeizugeht.

## Preussischer Landtag

Einlegung des Staatsministeriums in seine Rechte gefordert.

Berlin, 15. Dezember.

Bei Sitzungsbeginn bringt Abg. Kasper (Komm.) Anträge ein, die sich gegen das Verbot kommunistischer Zeitungen und gegen das Verbot der Veranstaltungen kommunistischer Parteitage wenden. Ohne weitere Debatte werden die kommunistischen Anträge gegen die Vorarbeiten der Antragsteller abgelehnt. (Rufe: Ist es denn Komm. Die Schleicher-Koalition!)

Auf Antrag der Abgeordneten Frau Ludwig (Komm.) wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag des Wohnungsauslasses angenommen, wonach die Vergütung und Tilgung der Hausbesitzer-Hypotheken vorläufig ausgesetzt werden soll. Weiter will der Antrag steuerliche Erleichterungen für Neubauwohnungen durchgeföhrt wissen. Auch werden Mietsbefreiungen für sozial bedrängte Inhaber von Neubauwohnungen verlangt.

Die Nationalsozialisten beantragen, daß der Landtag sofort beschliesse, das Staatsministerium zu beauftragen, den Reichsminister anzuweisen, daß alle Gesetze, die unter die Bestimmungen des Ammeliegesetzes fielen, sofort erlassen werden, und daß Straferfolgungen im Rahmen des Ammeliegesetzes vorläufig ausgesetzt werden. Der Antrag wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angenommen.

Nachdem das Haus debattelos noch zahlreiche Einzelanträge der Fraktionen an den Hauptauslaß verworfen hat, wird die Weiterberatung durch die Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. Zuerst gelangt ein sozialdemokratischer Antrag zur Entscheidung, bei dessen Abstimmung das Haus in der letzten Sitzung beschlußfähig geworden war.

Der Antrag verlangt die sofortige Einlegung des Staatsministeriums in alle die Rechte, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtags als Vertretung des preussischen Volkes erforderlich sind.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen mit 148 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei gegen 27 Stimmen von deutschnationaler Seite und aus anderen Gruppen bei 53 Enthaltungen der Kommunisten.

Berlin, 16. Dezember.

Der Preussische Landtag trat am Donnerstag um 12.30 Uhr wieder zusammen und beschloß sich zunächst mit zahlreichen Ausschüßanträgen.

Das Haus stimmte zahlreichen Anträgen des Handelsauslaßes zu, worin die Abgabe billiger Erwerbslosen-Brennstoffe durch die staatlichen Bergbauergesellschaften, Einwirkung auf die privaten Bergbauunternehmungen, ebenfalls billige Brennstoffe an die Erwerbslosen abzugeben, und ermäßigte Reichsbahnpreise für Erwerbslosenbeförderung gefordert werden. Die Schlichter der Direktoren und der höheren Beamten der Mansfeld-L.-G. sollen denen der unteren Beamten und Angestellten angeglichen werden. Ferner soll die Regierung bei allen in Frage kommenden Anträgen darauf hinwirken, daß Stillelegungen und Entlassungen in den oberstehtlichen Gruben, Hütten und Werken vermieden werden. Es folgt die Beratung von Anträgen des Hauptauslaßes über die Rechte des Schiffereigemeinwesen.

Nach den angenommenen Anträgen soll die Reichsbahn verantwortlich werden, ihre gegen die Reichsschiffahrt gerichteten Kampfhandlungen sofort aufzugeben. Die großen Transportgesellschaften sollen dafür beauftragt werden, daß sie künftig die deutschen Schiffer bevorzugt berücksichtigen.

Dann wird eine Reihe von Ausschüßanträgen über Hochwassererfahrungen, Ueberflimmungen usw. angenommen, wobei die verschiedenen Gebiete Kreuzens Berücksichtigung finden sollen. Es folgt dann die Wiederholung der namentlichen Abstimmung

über den sozialdemokratischen Antrag auf Unzulässigkeitsklärung aller Verordnungen der Reichsstaatsminister.  
Auch diesmal ist das Haus ebenso wie am Mittwoch beschlußfähig, da nur 208 Stimmenten abgegeben wurden.

Der Präsident beruft auf sofort eine neue Sitzung ein. Das Haus berät dann den kommunistischen Antrag auf steuerliche Befreiung aller kleinen Einkommen unter 5000 Reichsmark.

Das Haus nimmt dann einen abgeänderten nationalsozialistischen Antrag an, der auf eine Einwirkung auf den Hilfs-Kommissionar dahin abzielt, daß von den vom Reich bei der Provinzialgenossenschafts- und Raiffeisenbank für die Wirtschaftsbank in Schwabes bereitgestellten Mitteln sofort eine Summe ausgeschüttet wird, mit der Wasserversorgungsbrücke in der Finanzart vermindert werden können. Außerdem sollen Eingriffe des Konsumverwalters sofort unterbrochen werden. Weiter findet ein Ausschüßantrag Annahme, die Kreise Schmalfelden, Solingen und Remscheid als Notstandsgebiete anzuerkennen und ein umfassendes Arbeitsprogramm für sie durchzuführen. Nach kurzer Ausprache findet auch ein Antrag Annahme, wonach Staatsregierung und Reichsregierung gemeinsam Maßnahmen treffen sollen, die eine Behebung des deutschen Hofes bedeuten und für den Schutz der Waldarbeiter eintreten.

Präsident Kerl schlägt dann vor, am Freitag eine Kuratursprache zunächst nur über bestimmte Abschnitte des Haushalts, u. a. über das Theater- und Rundfunkwesen, vorzunehmen.

Das Haus beschließt entsprechend dem Vorschlag des Präsidenten, Beginn der Freitagsagung 13 Uhr.

## Was tut Frankreich?

Paris, 16. Dezember.

Seit langem ist der Präsident der französischen Republik bei einer Regierungskrise nicht in einer so schwierigen Lage gewesen wie diesmal. Einmal ist es schwer, in den Bahnen der Tradition einen neuen Ministerpräsidenten an Stelle des eben gestürzten zu berufen. Somit nur und ist es in Frankreich üblich, daß der Führer der maßgebenden Demokratischen Partei oder einer seiner in Betracht kommenden Freunde, mit der Verantwortung für die neue Regierung beauftragt wird, weil er schließlich die Verantwortung für den Sturz der alten zu tragen hat.

Die Opposition, die sich bilden, sind zu machen können.

Die vorerwähnten, daß es eigentlich sozialistischer Ministerpräsident ist, was offenbar Konflikt ist, um muß, nur solchen Vorgänge, Präsidenten jetzt

daß man sich zum, der Regierung, den Beisitzigen

Ministeranordnung, einen Sous-Schul-

Das aber könnte sich selbst zu einem nicht, vieles Nachrichten, die diese Neigung zur

ags Gerriet, zu n Amerika be-

derhandlungen

Daran, daß das (sofort) kein Frankreich von seinem Standpunkt aus ein großer Fehler gewesen ist. Ledigens in Frankreich selbst fällt man sich nicht ganz wohl in dieser Situation, man be- müßt sich jedenfalls, die Teile zu verstehen, daß die Kammer mit ihrer Abstimmung „feineswegs den Grundablaß der Heiligkeit der Verträge habe aufgeben oder auch nur antasten wollen“. Das ist nur eine eigene Sache. In den vergangenen — hoffentlich vergangenen, und zwar für immer vergangenen (3) Zeiten — hat Frankreich Deutschland gegenüber sich stets auf den Vordächeln, auf Punkt und Komma der Verträge, vertieft. Von solcher Zurückhaltung aber ist der Beschluß der Pariser Kammer nicht befreit. Denn Punkt und Komma der mit Amerika geschlossenen Verträge gebieten bedingungslose Zahlung.

